

---

Günter Könke

## Die IG Metall in Ostdeutschland

### Der Arbeitszeitkonflikt 2003 und seine Vorgeschichte

---



*Günter Könke, geb. 1955 in Lüdersburg, Studium der Neueren und Mittleren Geschichte in Hamburg, war an den Universitäten Hamburg und Lüneburg tätig und längere Zeit Mitarbeiter der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg. In den letzten Jahren hat er sich auf Themen der Industrial-Relations-Forschung spezialisiert. Demnächst erscheint im Verlag Duncker & Humblot seine neueste Untersuchung zur Entwicklung der Arbeitsbeziehungen in der hamburgischen Metallindustrie von 1918 bis 1974.*

---

Mit der Übernahme des baden-württembergischen Lohntarifabschlusses vom 12. Februar 2004 hat die IG Metall in den neuen Bundesländern nach der Niederlage im Arbeitszeitkonflikt des Vorjahres zur tarifpolitischen Normalität zurückgefunden und den Anschluss an die Entwicklung in Westdeutschland gewahrt. Der in Baden-Württemberg erzielte Kompromiss sieht eine Anhebung der Löhne und Gehälter um 2,2 Prozent zum 1. März 2004 und eine nochmalige Erhöhung um 2,7 Prozent zum 1. März 2005 vor.<sup>1</sup> Den Metallarbeitgebern wurde die Zustimmung zu dieser Lösung durch die mehr als zweijährige Laufzeit des Abkommens sowie eine gleichzeitig getroffene Vereinbarung zur Arbeitszeitflexibilisierung erleichtert, durch die sich die betrieblichen Spielräume zur Verlängerung der Arbeitszeit auf bis zu vierzig Stunden erhöhen.<sup>2</sup>

Die regionalen Tarifparteien Ostdeutschlands haben in den Tarifgebieten Thüringen, Berlin-Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern dem baden-württembergischen Pilotabschluss bereits zugestimmt. Auch in Sachsen und Sachsen-Anhalt wurde der Tarifkompromiss nach längerem Zögern übernommen.

Zweiter Schwerpunkt der IG-Metall-Politik neben der Lohnpolitik ist zurzeit das Bemühen, Einschränkungen der Tarifautonomie bzw. Änderungen im Betriebsverfassungsgesetz entgegenzuwirken, wie sie insbesondere von Teilen der CDU und FDP gefordert werden. Gegen eine von mehreren Bundesländern befürwortete allgemeine Öffnungsklausel, wonach Be-

---

1 Ergebnis der Tarifverhandlungen zwischen dem Verband der Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg (Südwestmetall) und der IG Metall, Bezirksleitung Baden-Württemberg, für die Tarifgebiete Nordwürttemberg/Nordbaden sowie Südwürttemberg-Hohenzollern und Südbaden, 12. Februar 2004. Zum Wortlaut der Vereinbarung siehe unter: [www.gesamtmetall.de](http://www.gesamtmetall.de).

2 Der Arbeitszeitkompromiss sieht vor, dass Betriebe - unter gewissen Voraussetzungen bei der Gehaltsklassifizierung - den Anteil derjenigen Arbeitnehmer, die bis zu 40 Stunden wöchentlich arbeiten, von bisher 18 auf 50 % erhöhen dürfen.

trieben bei entsprechendem Einverständnis von Belegschaft und Unternehmensleitung ein Abweichen vom Tarifvertrag erlaubt sein soll, kündigte der stellvertretende IG Metall-Chef Berthold Huber verfassungsrechtliche Schritte an.<sup>3</sup>

### **Zur Beschäftigungsentwicklung in der ostdeutschen Metallindustrie**

Der tarifpolitische Handlungsspielraum der ostdeutschen IG Metall hängt in hohem Maße von der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktsituation des Metallsektors ab, die in der Vergangenheit starken Schwankungen unterlag. Die strukturelle Neuordnung der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie zu Beginn der neunziger Jahre war zunächst mit einem drastischen Beschäftigungsabbau verbunden. Allein innerhalb eines Jahres - von 1991 auf 1992 - halbierte sich die Zahl der Beschäftigten nahezu von 855.000 auf 440.000. In den Folgejahren setzte sich diese Entwicklung fort. 1997 war mit nur noch 260.000 Beschäftigten ein Tiefststand erreicht. Seitdem vollzieht sich ein langsamer, aber kontinuierlicher Wiederanstieg, der sich allerdings in den letzten Jahren verlangsamt hat. Von 2002 auf 2003 wuchs das Beschäftigungsvolumen lediglich noch um 0,3 Prozent.

Die 1997 einsetzende positive Beschäftigungsentwicklung machte sich auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Die Zahl der Arbeitslosen, die seit Mitte der neunziger Jahre deutlich angestiegen war, ging ab 1997 allmählich zurück. Vor dem Hintergrund der seit 2001 zu beobachtenden Stagnationstendenz in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie - das Umsatzvolumen der Betriebe steigt nicht mehr, die Kapazitätsauslastung verringerte sich zwischen 2000 und 2002 von 85 auf 81 Prozent<sup>4</sup> - brach dieser Trend allerdings ab. Seitdem ist ein erneutes Ansteigen der Arbeitslosenzahlen feststellbar (vgl. Tab. 1).

Im September 2003 waren in Ostdeutschland 316.000 Personen in den verschiedenen Sparten der Metall- und Elektroindustrie tätig. Schwerpunkte bilden der Maschinenbau mit 23 Prozent und die Elektroindustrie mit 20 Prozent aller Beschäftigten; größere Anteile verzeichnen außerdem die Automobilindustrie (12,6 Prozent) sowie der Stahl- und Leichtmetallbau (10,6 Prozent).

---

3 Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 270, 20. Nov. 2003; Hannoversche Allgemeine Zeitung, Nr. 271, 20. Nov. 2003.

4 Gesamtmetall, Umsatz in der M+E-Industrie seit 1970; Ifo-Konjunkturdaten (Geschäftsklima, Auslastung, Auftragsbestand) seit 1960.

**Tabelle 1: Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in der Metall- und Elektroindustrie Ostdeutschlands 1991 - 2003**

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003*
<b>Beschäftigte</b>	855.646	439.942	343.368	307.915	291.921	274.313	260.037	273.740	278.935	291.246	305.666	308.724	313.458
<b>Arbeitslose**</b>	129.600	156.500	152.700	139.900	129.400	151.400	171.500	168.700	160.500	153.500	148.400	156.400	165.300

\*Bei den Beschäftigten Mittelwert der Monate Januar bis August 2003; bei den Arbeitslosen Mittelwert der Monate Januar bis Oktober 2003.

\*\* Jahresmittelwerte

Quelle: Gesamtmetall.

**Tabelle 2: Mitgliederentwicklung in den ostdeutschen Bezirken bzw. Tarifgebieten der IG Metall 1991 - 2002**

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
<b>BZ Brand.-Sachs.</b>	465.041	378.232	315.040	277.132	240.715	214.946	198.325	202.613	190.942	187.177	177.097	167.563
<b>Berlin*</b>	116.313	100.871	83.830	77.557	71.493	66.922	61.338	59.959	57.315	54.267	51.871	49.938
<b>BZ Berl.-Brand.-Sachs.</b>	581.354	479.103	398.870	354.689	312.208	281.868	259.663	262.572	248.257	241.444	228.968	217.501
<b>TG Sachsen-Anhalt</b>	157.464	132.188	108.159	91.613	78.902	71.062	64.645	60.001	55.643	54.622	52.081	49.239
<b>TG Meckl.-Vorpomm.</b>	64.055	53.301	44.959	38.815	34.543	30.838	27.219	26.208	24.395	24.459	23.451	22.583
<b>TG Thüringen</b>	187.680	152.552	124.171	103.651	90.574	75.265	67.623	64.594	61.264	61.795	59.532	56.862
<b>Summe</b>	<b>990.553</b>	<b>817.144</b>	<b>676.159</b>	<b>588.768</b>	<b>516.227</b>	<b>459.033</b>	<b>419.150</b>	<b>413.375</b>	<b>389.559</b>	<b>382.320</b>	<b>364.032</b>	<b>346.185</b>

\* Die Verwaltungsstelle Berlin wurde gesondert ausgewiesen, da sie statistisch zur IG Metall WEST gerechnet wird.

Quellen: IG Metall, Vorstandsverwaltung, VBO3, Abt. Beitrags- und Leistungswesen, Statistik-Team; Geschäftsberichte der Bezirke Hannover und Küste der IG Metall, 1991 – 1999.

**Tabelle 3:**  
**Beschäftigungsstruktur in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie**  
**2002/2003**

	Beschäftigte			
	Monat		Veränderung	
	Sept. 2003	Sept. 2002	absolut	relativ (%)
Ziehereien, Kaltwalzwerke	1.471	1.489	- 18	- 1,2
NE-Metallerzeugung, -halbzeugwerke	3.601	3.841	- 240	- 6,3
Gießereien	10.142	10.168	- 26	- 0,3
Stahl- und Leichtmetallbau	33.582	34.559	- 977	- 2,8
Schmiede-, Stanzteile u. ä.	22.845	20.715	2.130	10,3
EBM-Waren	18.875	18.818	57	0,3
Maschinenbau	71.884	73.119	- 1.235	- 1,7
Büromaschinen u. Datenverarbeitung	2.403	2.641	- 238	- 9,0
Elektrotechnik	63.395	62.852	543	0,9
Feinmechanik, Optik, Uhren	20.348	19.590	758	3,9
Automobilbau	39.831	39.126	705	1,8
Schiffbau	6.367	5.933	434	7,3
Schienenfahrzeugbau, sonst. Fahrzeugbau	18.582	19.447	- 865	- 4,5
Luft- u. Raumfahrzeugbau	3.001	3.045	- 44	- 1,4
<b>Metall- u. Elektroindustrie insges.</b>	<b>316.327</b>	<b>315.343</b>	<b>984</b>	<b>0,3</b>

Quelle: Gesamtmetall

### Die gewerkschaftliche Angleichungspolitik seit 1991

Der Streik für die Einführung der 35-Stunden-Woche im Juni 2003 ist als Teil einer langfristigen Strategie der IG Metall zur Angleichung der Arbeitsbedingungen in West- und Ostdeutschland zu betrachten. Mit dem im Frühjahr 1991 abgeschlossenen Stufentarifvertrag zur Lohn- und Gehaltsangleichung schien sich zunächst eine zügige Realisierung dieser Strategie abzuzeichnen. Der Vertrag sah die Anhebung der Löhne und Gehälter in der ostdeutschen Metallindustrie auf Westniveau bis 1994 sowie eine Reihe weiterer Angleichungsmaßnahmen, unter anderem eine Absenkung der Wochenarbeitszeit auf 38 Stunden bis 1996, vor.<sup>5</sup> Der Konsens der Tarifparteien hielt allerdings nur kurz. Schon zwei Jahre später, im Februar/März 1993, nutzten die Arbeitgeberverbände eine Revisionsklausel zur - juristisch umstrittenen - vorzeitigen Kündigung des Vertrages und beschworen damit die erste schwere Krise in den Tarifbeziehungen der ostdeutschen Metallindustrie herauf. Der IG Metall gelang es zwar, die Arbeitgeberseite mit einem zweiwöchigen Streik zur Zurücknah-

5 Die Löhne und Gehälter sollten nach folgendem Stufenplan auf Westniveau steigen: Löhne: 1. Apr. 1992: 71 %; 1. Apr. 1993: 82 %; 1. Apr. 1994: 100 %; Gehälter: 1. Apr. 1992: 69 %; 1. Apr. 1993: 80 %; 1. Apr. 1994: 100 %. Die Arbeitszeit sollte in zwei Stufen zum 1. Apr. 1994 auf 39 und vom 1. Okt. 1996 auf 38 Stunden verkürzt werden. Vgl. IG Metall, Bezirk Hannover, Geschäftsbericht 1990 – 1992, S. 71.

me der Kündigung zu veranlassen, allerdings um den Preis einer zeitlichen Streckung der Lohnangleichung um zwei Jahre bis 1996.<sup>6</sup> Der erneute Angleichungsbeschluss entschärfte zunächst die Spannungen zwischen den Tarifparteien; ein latenter Konflikt blieb jedoch bestehen.

Ein weiterer Angleichungsschritt wurde im Mai 2000 auf der Spitzenebene der Tarifparteien vollzogen: IG Metall-Vorstand und Gesamtmetall einigten sich auf einen Tarifvertrag zur Einführung vermögenswirksamer Leistungen für die Arbeitnehmer der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie. Nach einem Stufenplan sollen danach die ostdeutschen Beschäftigten bis zum Jahre 2005 Leistungen in gleicher Höhe wie ihre Westkollegen erhalten.<sup>7</sup>

### **Die organisatorische Entwicklung der IG Metall in Ostdeutschland**

Trotz der Erfolge in der Angleichungspolitik gehen die Mitgliederzahlen der IG Metall in Ostdeutschland seit Gründung der dortigen Bezirksorganisationen kontinuierlich zurück. Der einzige „reine“ Ostbezirk innerhalb der IG Metall ist der Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen, der 1995 durch Fusion der Bezirke Dresden und Berlin-Brandenburg entstand. Die anderen in Ostdeutschland gelegenen Tarifgebiete wurden zum Gründungszeitpunkt westlichen IG Metall-Bezirken angegliedert, und zwar Mecklenburg-Vorpommern dem Bezirk Küste, Sachsen-Anhalt dem Bezirk Hannover und Thüringen dem Bezirk Frankfurt/Main. Auch der Ostbezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen ist in seinem Führungspersonal „westlich“ geprägt. Seit November 1990 steht ihm mit Hasso Düvel, zuvor 20 Jahre lang Mitglied der Bezirksleitung Hannover, ein erfahrener Westfunktionär vor.<sup>8</sup>

Die Integration der ostdeutschen Metallarbeiter in das Organisationsgefüge der IG Metall 1990/91 war begleitet von einem sehr hohen Erwartungshorizont der neuen Mitglieder im Hinblick auf die rasche Angleichung der Löhne und Arbeitsbedingungen an die westdeutschen Standards. Der Versuch, dieser Erwartungshaltung gerecht zu werden und die Angleichung vollständig zu realisieren, prägt bis heute die gewerkschaftliche Tarifpolitik in den neuen Bundesländern.

Der Organisationsgrad der Metallarbeiter in Ostdeutschland war unter diesen Voraussetzungen zunächst ungewöhnlich hoch; in den Verwaltungsstellen des Bezirks Dresden betrug er im Frühjahr 1991 fast durchweg 87 Prozent.<sup>9</sup> Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder übertraf zeitweilig die Gesamtzahl der in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie Beschäftigten. Der hohe Mitgliederstand zu diesem Zeitpunkt war auch Resultat der „Über-

---

6 Die neue Regelung sah folgenden Stufenplan zur Angleichung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen an das Westniveau vor: 1. Juli 1993: 78 %; 1. Dez. 1993: 80 %; 1. Juli 1994: 87 %; 1. Juli 1995: 94 %; 1. Juli 1996: 100 %; IG Metall, Bezirk Hannover, Geschäftsbericht 1993 – 1995, S. 42 ff. Vgl. auch Norbert Schott, Zur Entwicklung der industriellen Beziehungen nach der Wiedervereinigung: Arbeitgeberstrategien auf überbetrieblicher Ebene unter besonderer Berücksichtigung des „Revisionsstreits“ in der ostdeutschen Metallindustrie, Diss. Frankfurt/M. 1995, S. 99 ff.

7 IG Metall, Pressedienst, Nr. 49/2000.

8 Vgl. Hasso Düvel, Zehn Jahre wie im Flug, in: Marlis Dahne / Hasso Düvel (Hrsg.), Streiten für bessere Zeiten. Zehn Jahre Kampf für Arbeit und Gerechtigkeit, Marburg 2001, S. 9 – 15.

9 Bernhard Boll, Organisation und Akzeptanz. Eine empirische Analyse der IG Metall im Transformationsprozess Ostdeutschlands, Opladen 1997, S. 71.

nahme“ etwa der Hälfte der ehemaligen Mitglieder der IG Metall der DDR in die neue gesamtdeutsche Gewerkschaftsorganisation.<sup>10</sup>

Die Organisationstreue eines Großteils der neuen Mitglieder erwies sich allerdings als gering. Der im Zuge der Neuordnung der ostdeutschen Metallindustrie vollzogene Beschäftigungsabbau, der daraus resultierende Anstieg der Arbeitslosigkeit und enttäuschte Erwartungen im Hinblick auf die rasche Angleichung der Lebensverhältnisse hatten bereits von 1991 an einen kontinuierlichen Mitgliederverlust in allen ostdeutschen Tarifgebieten zur Folge, der bis heute anhält (vgl. Tab. 2). Der gewerkschaftliche Organisationsgrad der „Vollbeitragszahler“ in der ostdeutschen Metallindustrie sank bis 1998 auf 52 Prozent.<sup>11</sup> Bemerkenswert ist neben dem kontinuierlichen Mitgliederverlust die nachhaltige Veränderung in der *Mitgliederstruktur* der ostdeutschen Verwaltungsstellen der IG Metall. So spielt vor allem die Gruppe der *beschäftigten Arbeitnehmer* im Mitgliedergefüge eine immer geringere Rolle. In der Verwaltungsstelle Chemnitz waren im Juli 2001, wie eine Mitgliederstatistik ausweist, nur noch 26,5 Prozent aller Mitglieder in der Metall- und Elektroindustrie oder im Handwerk beschäftigt. Nahezu 60 Prozent waren arbeitslos oder befanden sich in Rente oder im Vorruhestand (vgl. Tab. 4).

**Tabelle 4: Mitgliederstruktur der Verwaltungsstelle Chemnitz der IG Metall (Juli 2001)**

Mitglieder insges.	Beschäftigte Metall- u. Elektro-Industrie	Beschäftigte Textilind.	Beschäftigte Handwerk	Arbeitslose	Vorruheständler/Rentner	Sonstige
32.824	6.177	1.365	1.155	13.460	5.852	4.815
100,0 %	18,8 %	4,2 %	3,5 %	41,0 %	17,8 %	14,7 %

Quelle: IG Metall, Verwaltungsstelle Chemnitz

Die aktuellen Mitgliederverluste sind im Vergleich zu den Vorjahren zwar hoch, weichen aber nicht signifikant von der langfristigen Tendenz der Mitgliederentwicklung ab. Mitte November 2003 beklagte der Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen für das laufende Jahr einen Mitgliederrückgang um 13.000.<sup>12</sup> Während des Jahres 2002 hatte der Mitgliederverlust des Bezirks 11.000, ein weiteres Jahr zuvor 12.500 betragen.

### Desintegrationstendenzen in den Arbeitgeberverbänden

Die nachlassende Bindungskraft der IG Metall gegenüber den Arbeitnehmern der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie findet ihr Spiegelbild in den seit langer Zeit bestehenden Desintegrationsproblemen der ostdeutschen Metallarbeitgeberverbände. Während Groß-

<sup>10</sup> Zum Aufbau der ostdeutschen IG-Metall-Organisation vgl. Christiane Bialas, Gewerkschaftlicher Organisationsaufbau und Transformation der Lohnpolitik im Prozess der deutschen Einheit: Die IG Metall in den neuen Bundesländern 1990 – 1993, Berlin 1994, S. 13 ff. Zur Entwicklung der IG Metall und anderer DGB-Gewerkschaften in Ostdeutschland in der Gründungsphase der frühen neunziger Jahre vgl. auch Heinrich Tiemann, Gewerkschaften in Ostdeutschland. Stabilisierung auf niedrigem Niveau wahrscheinlich, in: Deutschland-Archiv 27 (1994), S. 155 – 163.

<sup>11</sup> Wolfgang Schroeder, Industrielle Beziehungen in Ostdeutschland: Zwischen Eigensinn und Paternalismus, Berlin 2000, S. 5.

<sup>12</sup> Der Tagesspiegel, Online Spezial, 13.11.2003.

betriebe wie die Zweigwerke der großen Automobilhersteller - um Unruhe in den Betrieben zu vermeiden - die Angleichung der Löhne und Arbeitsbedingungen eher hinzunehmen bereit waren, verstärkten die mittelständischen Betriebe ihren Widerstand gegen die Angleichungspolitik und reagierten auf die ihrer Meinung nach zu große Konzessionsbereitschaft ihrer Verbandsvertreter immer häufiger mit dem Austritt aus der Organisation. Eine Statistik für die erste Hälfte der neunziger Jahre zeigt den überproportionalen Mitgliederschwund der ostdeutschen Metallarbeitgeberverbände im Vergleich zu den westdeutschen Verbänden in aller Deutlichkeit: So hatte der Verband der Sächsischen Metall- und Elektroindustrie (VSME), gemessen an der Beschäftigtenzahl seiner Mitgliedsfirmen, von 1990 bis 1995 einen Rückgang von 66 Prozent zu verzeichnen, während westdeutsche Verbände im gleichen Zeitraum lediglich einen Verlust von circa 22 Prozent verbuchten.<sup>13</sup> 1998 waren lediglich noch 16 Prozent der Betriebe der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie in Arbeitgeberverbänden organisiert.<sup>14</sup>

### Der Strukturwandel der ostdeutschen Metallindustrie

Verstärkt wurden die Desintegrationstendenzen im Arbeitgeberlager durch den Strukturwandel in der ostdeutschen Metallindustrie. Die Bedeutung der Großbetriebe ging im Zuge des Transformationsprozesses ab 1990 rapide zurück, wie unter anderem eine Betriebsgrößenstatistik für die Region Rostock verdeutlicht: Waren hier 1990 noch 40 Prozent aller Arbeitnehmer in Betrieben mit mehr als 500 Beschäftigten tätig, so sank dieser Anteil in den Folgejahren kontinuierlich und betrug 1997 nur noch drei Prozent. Im Gegenzug wuchs der Anteil der in Kleinbetrieben (1 - 49 Personen) Beschäftigten von fast null auf 45 Prozent (vgl. Tab. 5). Heute ist die ostdeutsche Metallindustrie überwiegend mittelständisch strukturiert; Großbetriebe bilden die Ausnahme.<sup>15</sup>

**Tabelle 5: Beschäftigte nach Betriebsgrößen in den Metallbetrieben in der Region Rostock 1990–1997 (Anteile in Prozent)**

Betriebsgröße	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
1 – 49	–	9	15	24	21	26	27	45
50 – 99	30	36	38	6	37	39	31	23
100 – 249	20	9	8	17	16	13	23	19
250 – 500	10	9	8	6	5	4	8	10
Über 500	40	36	31	24	21	17	12	3

Quelle: IG Metall, Verwaltungsstelle Rostock.

13 Wolfgang Schroeder / Burkard Ruppert, Austritte aus Arbeitgeberverbänden: Eine Gefahr für das deutsche Modell? Betriebsaustritte aus regionalen Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie (1990 – 1995), Marburg 1996, S. 35.

14 Schroeder, Industrielle Beziehungen, S. 5.

15 Vgl. zum Beispiel die betriebliche Struktur in den IG-Metall-Verwaltungsstellen des Tarifgebiets Sachsen-Anhalt, in: Die IG Metall in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, Salzgitter 2000, S. 12 ff.

Der Wandel zu kleineren Betriebseinheiten und die zunehmende Tendenz zum Austritt der Betriebe aus den Arbeitgeberverbänden haben unmittelbare Auswirkungen auf das Tarifgefüge der Metallindustrie und die Handlungsmöglichkeiten der IG Metall. Im Zusammenhang mit der zurückgehenden Akzeptanz und Geltung des Flächentarifvertrages sprach die IG Metall in ihrem „Leipziger Manifest“ im Oktober 2000 selbst von einer wachsenden „Verbetrieblichung der Arbeitsbedingungen“. Ergebnis dieser Entwicklung sei unter anderem eine „negative Lohndrift“, das heißt eine Unterschreitung des Tariflohniveaus durch das effektive Lohnniveau.<sup>16</sup> Auf Arbeitnehmerseite wurde die Tendenz zur „Verbetrieblichung“ begünstigt durch die traditionell „betriebliche“ Orientierung der ostdeutschen Arbeitnehmer, die im dualen System betrieblicher und gewerkschaftlicher Interessenvertretung dem betrieblichen Bereich stärker zuneigten als ihre Westkollegen.<sup>17</sup>

### Die Situation vor dem Streik

Die IG Metall-Initiative zur Ost-West-Angleichung der Arbeitszeit kam im Frühjahr 2003 nicht überraschend; sie war zu Beginn des Jahres 2001 vom IG Metall-Vorstand angekündigt worden.<sup>18</sup> Ein fünftägiger Lohn-Arbeitskampf in der Metallindustrie Berlins und Brandenburgs im Mai 2002, mit dem die IG Metall einen Pilotabschluss für die ostdeutsche Metallindustrie auf der Basis eines für Baden-Württemberg erzielten Verhandlungsergebnisses erzwang, bildete die Ouvertüre für die Arbeitszeitverhandlungen des Folgejahres.<sup>19</sup> Trotz der zurückgegangenen Geltung des Flächentarifvertrages und gesamtwirtschaftlicher Stagnationstendenz glaubte die IG Metall im Frühjahr 2003 den Zeitpunkt für die zweite Hauptstufe der Angleichung, die Verkürzung der Arbeitszeit auf Westniveau, gekommen. War im Zuge des alten Stufentarifvertrages die Arbeitszeit bis 1996 auf 38 Stunden herabgesetzt worden, so sollte nunmehr der Übergang zur 35-Stunden-Woche erfolgen. Die Begründung dieser Forderung stützte sich auf die nach Ansicht der IG Metall positive Entwicklungstendenz der ostdeutschen Metall-, Elektro- und Stahlindustrie. Vor dem Hintergrund eines leichten Beschäftigungsanstieges rechnete die IG Metall für das laufende Jahr mit einer Umsatzsteigerung von vier bis sechs, für das Jahr 2004 sogar mit einer Zunahme von sechs bis acht Prozent. Der aus der Arbeitszeitverkürzung für die Unternehmen entstehende Kostenanstieg, den die IG Metall auf lediglich 1,4 Prozent pro Arbeitsstunde bezifferte, könne allein aus dem Produktivitätszuwachs bestritten werden, der in den vergangenen fünf Jahre im Schnitt 3,2 Prozent über Westniveau gelegen habe.<sup>20</sup>

Die Arbeitgeber hingegen sahen in der längeren Arbeitszeit den letzten wesentlichen Standortvorteil der Ostbetriebe gegenüber dem Westen. Eine verfrühte Angleichung würde ihrer Überzeugung nach bestehende Arbeitsplätze gefährden und Neuansiedlungen verhindern. Der Präsident des Verbandes der Sächsischen Metall- und Elektroindustrie, Bodo

16 IG Metall, Leipziger Manifest, 4. Okt. 2000.

17 Vgl. Bialas, Organisationsaufbau, S. 19.

18 Grundsätze für das zweite Jahrzehnt im Aufbau Ost. Beschluss des Vorstandes der IG Metall vom 16. Januar 2001.

19 Der Arbeitskampf dauerte vom 13. bis zum 18. Mai 2002 und erstreckte sich auf 34 Betriebe mit zusammen 19.000 Beschäftigten. Der Tarifabschluss sah eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 4 Prozent zum 1. Juni 2002 und eine weitere Anhebung von 3,1 Prozent zum 1. Juni 2003 vor. IG Metall, Jahresbericht Tarifpolitik 2002, S.3 f.

20 IG Metall, Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen, Pressemitteilung vom 18. Febr. 2003; zur Begründung der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung vgl. auch WSI-Tarifbericht, 1. Halbjahr 2003.

Finger, monierte in einer Stellungnahme am 21. Februar 2003, die mit Einführung der 35-Stunden-Woche zu erwartende Lohnkostensteigerung von 8,6 Prozent sei für die Betriebe ohne Beschäftigungsabbau nicht finanzierbar und werde zum Verlust von circa 8.500 Arbeitsplätzen führen.<sup>21</sup>

### **Streikverlauf und Niederlage der IG Metall**

Die IG Metall ging am 2. Juni 2003 mit dem Kalkül in den Arbeitskampf, der Gegenseite durch eine ähnlich flexible Taktik wie in den Lohn-Angleichungsverhandlungen 1991 und 1993 eine Lösung abringen zu können. Ein Stufenplan sollte in jedem Falle erreicht, in Detail- und Umsetzungsfragen aber weitgehende Kompromissbereitschaft gezeigt werden. Mit der bereits am 7. Juni 2003 erzielten Einigung in der Stahlindustrie schien sich zunächst ein gewerkschaftlicher Erfolg anzudeuten. Das Stahl-Ergebnis sah die Einführung der 35-Stunden-Woche in drei Stufen bis zum 1. April 2009 vor. Die Zustimmung der Arbeitgeberseite zu dieser Regelung wurde durch eine Revisionsklausel erleichtert, wonach eine Verkürzungsstufe dann nicht in Kraft treten sollte, wenn die Tarifparteien sechs Monate zuvor feststellten, dass die Reduzierung wirtschaftlich nicht zu vertreten sei. Im Falle der Nicht-Einigung sollte auf dem Schlichtungswege eine Lösung herbeigeführt werden.<sup>22</sup>

Um den Arbeitgebern der Metall- und Elektroindustrie eine ähnliche Regelung schmackhaft zu machen, erklärten sich die gewerkschaftlichen Verhandlungsführer – nach einem vorangegangenen Spitzengespräch zwischen IG Metall-Vorstand und Gesamtmetall – in einem Einigungsvorschlag am 27. Juni 2003 bereit, den Betrieben bei der Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung weitgehende Mitwirkungsrechte einzuräumen. So sollte die Festlegung der einzelnen Anpassungsschritte entweder auf der Grundlage eines von den Tarifparteien erstellten Angleichungsberichts über die Produktivitätsentwicklung oder aber auf Basis eines betrieblich ausgehandelten Stufenplans erfolgen. Die Festlegung der effektiven betrieblichen Arbeitszeit sollte - innerhalb eines Arbeitszeitkorridors zwischen 35 und 40 Stunden - in das Ermessen der Betriebsparteien gestellt werden. Eine erste Absenkung der Wochenarbeitszeit auf 37 Stunden war zum Jahresbeginn 2004, der zweite Schritt auf 35 Wochenstunden spätestens zum 1. Januar 2009 vorgesehen.<sup>23</sup>

Schien zu diesem Zeitpunkt eine Einigung sachlich möglich, zumal die IG Metall in puncto betrieblicher Flexibilität den Arbeitgebern weit entgegengekommen war, so zeigten auf Arbeitgeberseite vor allem die regionalen ostdeutschen Verbände kaum Kompromissbereitschaft. Differenzen in Bezug auf den Zeitpunkt der Verkürzungsschritte sowie die Ausgestaltung des Zeitkorridors ließen sich nicht ausräumen. Flankiert wurde die starre Haltung der Arbeitgeberverbände durch Ankündigungen großer Konzerne wie insbesondere Siemens und BMW, bei Verlust des Arbeitszeitvorteils ihre Präsenz und ihr weiteres Engagement in Ostdeutschland zu überdenken. „Wenn der Vorteil der 38-Stunden-Woche aufgegeben wird, stellen sich unsere dortigen Standorte von der Kostenseite her neu dar“, äußerte Siemens-Sprecher Eberhard Posner am 21. Juni 2003.<sup>24</sup>

Die Arbeitgeber hatten zu diesem Zeitpunkt die öffentliche Meinung bereits nahezu gänzlich auf ihrer Seite. Anders als in früheren Auseinandersetzungen bezogen Politiker aus

---

21 Verband der Sächsischen Metall- und Elektroindustrie e. V. (VSME), Pressemitteilung vom 21. Febr. 2003.

22 WSI-Tarifbericht, 1. Halbjahr 2003.

23 WSI-Tarifbericht, 1. Halbjahr 2003.

24 Die Welt, 21. Juni 2003.

Regierungslager und Opposition gleichermaßen Position gegen die Streikenden. So bezeichnete Bundeswirtschaftsminister Clement in einem Stern-Interview den Arbeitskampf als „Konflikt zur falschen Zeit am völlig falschen Ort“.<sup>25</sup> Auch der sächsische Ministerpräsident Georg Milbradt und sein Wirtschaftsminister Martin Gillo (beide CDU) bezogen eindeutig Stellung für die Arbeitgeberseite. Milbradt verdächtigte die IG Metall gar, durch den Streik die Standorte in Ostdeutschland bewusst zugunsten der westdeutschen Metallindustrie schwächen zu wollen.<sup>26</sup> Der wohl schwerste Schlag aber traf die IG Metall aus den eigenen Reihen: Mitten in der entscheidenden Verhandlungsphase kündigten Betriebsräte der vom Arbeitskampf mittelbar betroffenen westdeutschen Automobilindustrie ihren Ostkollegen die Solidarität auf. So erklärte der Vorsitzende des Opel-Gesamtbetriebsrats, Klaus Franz, am 26. Juni 2003 gegenüber der Welt: "Die Streiks für die 35-Stunden-Woche im Osten waren niemals von einer breiten Bewegung in der Arbeitnehmerschaft getragen. Ich bin dafür, dass alle Streiks ab sofort beendet werden, damit schnell eine vernünftige Verhandlungslösung erreicht werden kann."<sup>27</sup> Scharfe Kritik am Arbeitskampf und dem tarifpolitischen Kurs der IG Metall-Führung übten zum gleichen Zeitpunkt - allerdings intern - auch der Betriebsratschef der Daimler-Chrysler AG, Erich Klemm, sowie dessen Kollege im Porsche-Betriebsrat, Uwe Hück.<sup>28</sup> Die demoralisierende Wirkung dieser Kritik aus dem eigenen Lager, die die Gewerkschaft ihres wichtigsten Kapitals im Arbeitskampf, der Geschlossenheit gegenüber der Gegenseite, beraubte, gab schließlich den Ausschlag für die ergebnislose Beendigung des Konflikts am 29. Juni 2003.

### Hintergründe der Niederlage

Der Ausgang des Arbeitskampfes in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie beendete eine jahrzehntelange Erfolgsgeschichte gewerkschaftlicher Tarifpolitik und Kampftaktik. Eine Arbeitskampfniederlage wie den Streikabbruch in Ostdeutschland hatte es in der IG Metall seit dem fehlgeschlagenen Bayernstreik im Jahre 1954 nicht mehr gegeben.<sup>29</sup> Wie konnte eine konfliktferne, mit allen Eskalations- und Deeskalationsszenarien eines Arbeitskampfes vertraute Gewerkschaftsführung in eine strategische Sackgasse geraten, die außer der Kapitulation keine Option mehr bot? Die Analyse der IG Metall selbst - zumindest gegenüber der Öffentlichkeit - steht noch aus. Eines aber scheint sicher: Die Gründe der Niederlage sind weniger ökonomisch begründet, sondern in Fehleinschätzungen der IG Metall-Streikleitung zu suchen, die sich auf drei unterschiedlichen Ebenen offenbaren:

---

25 Stern, 19. Juni 2003.

26 SPIEGEL, Nr. 26, 23. Juni 2003.

27 Die Welt, 26. Juni 2003.

28 Hamburger Abendblatt, 26. Juni 2003.

29 In Bayern streikten vom 9. bis 31. August 1954 ca. 98.000 Metallarbeiter für eine 17-prozentige Lohnforderung. Da es der bayerischen IG Metall nicht gelang, ihre Mitglieder nachhaltig für den Arbeitskampf zu mobilisieren, musste sich die Gewerkschaft schließlich mit einem Ergebnis von unter sieben Prozent zufrieden geben; das Streikziel wurde damit verfehlt; vgl. Rudi Schmidt, Der Streik der bayerischen Metallindustrie von 1954. Lehrstück eines sozialen Konflikts, Köln 1995; Rudi Schmidt, Konfliktverfahren und Konfliktbewusstsein. Der bayerische Metallarbeiterstreik von 1954 und seine Auswirkungen auf die Interessenorientierung von Arbeitern, Diss. Erlangen 1975; Dietrich Kissig, Der Streik der bayerischen Metallarbeiter im August 1954. Eine Studie zur Streikbewegung in Westdeutschland nach dem zweiten Weltkrieg, Diss. Potsdam 1961; Walter Dörrich / Klaus Schönhoven (Bearb.), Die Industriegewerkschaft IG Metall in der frühen Bundesrepublik, Köln 1991, S. LII f. sowie Dok. 64, 69 – 72.

Das öffentliche Meinungsklima wurde falsch gedeutet bzw. für Planung und Verlauf des Arbeitskampfes außer Acht gelassen. Offensichtlich glaubten die Verantwortlichen - in Anknüpfung an den Jahre zuvor erfolgreich geführten Kampf um die Lohnangleichung -, sich in der Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern allein auf die Stärke der eigenen Organisation verlassen zu können. Die nahezu einhellige Ablehnung, auf die der Streik in der Medien- und Parteienlandschaft - auch im sozialdemokratischen Lager - stieß, traf die Gewerkschaft weitgehend unvorbereitet.

Ebenfalls nicht erkannt wurde der sich versteifende Widerstand des Arbeitgeberlagers, vor allem der regionalen ostdeutschen Verbände. Wie in der Auseinandersetzung um die Lohnangleichung glaubte die IG Metall, die Arbeitgeber auch in der Frage der Arbeitszeitverkürzung mit Arbeitskampfmaßnahmen einerseits, einer flexiblen Taktik andererseits zu einer Stufenplanregelung bewegen zu können. Dass die Arbeitgeber zwischenzeitlich vor dem Hintergrund des ihnen zugeneigten Meinungsklimas von einer Kompromisshaltung abgerückt und ein Scheitern der Verhandlungen in Kauf zu nehmen bereit waren, nahmen die Verantwortlichen der IG Metall zu spät wahr.

Die dritte und schwerwiegendste Fehleinschätzung war das uneingeschränkte Vertrauen in die Solidarität der eigenen Organisation, vor allem die Bereitschaft der Westbelegschaften, den Kampf ihrer Kollegen im Osten mit eigenen Opfern zu unterstützen. Bezirksleiter Hasso Düvel bilanzierte später auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall ratlos: „Die große Überraschung, das Unverständnis in Teilen der Organisation – damit haben wir nicht gerechnet.“<sup>30</sup> Die Unmutsäußerungen bis hin zu Aufforderungen zum Streikabbruch aus den Reihen der West-Betriebsräte, die die gewerkschaftliche Verhandlungsposition wohl am nachhaltigsten schwächten, verdeutlichen, dass es der IG Metall-Führung bisher nicht vollständig gelungen ist, den inneren Interessenausgleich zwischen west- und ostdeutscher Organisation herbeizuführen und bei den Westbelegschaften hinreichendes Verständnis für die Angleichungsbestrebungen im Osten zu wecken.

### **Perspektiven nach dem Streik**

Seit dem Ende des Streiks ist die Gewerkschaft bemüht, das durch den Streikabbruch hinterlassene Vakuum zu füllen und eine neue tarifpolitische Basis zu finden. Das Ziel der 35-Stunden-Woche soll zunächst nicht flächentarifvertraglich, sondern über Haustarifverträge weiterverfolgt werden. Die IG Metall hatte mit dem Abschluss entsprechender Vereinbarungen bereits im Vorfeld des Streiks begonnen und diese Strategie auch während des Arbeitskampfes fortgesetzt. Bis zum November 2003 waren acht solcher Firmentarifverträge abgeschlossen worden. Zu den größeren Unternehmen, die sich zu einer entsprechenden Vereinbarung bereit fanden, zählen das GKN Gelenkwellenwerk Zwickau mit 1.000 Beschäftigten, die Narva Speziallampen GmbH in Plauen mit 548 Beschäftigten, das Heizkörperwerk Neukirchen der Buderus Heiztechnik GmbH sowie die Autozulieferer-Firma Behr Kirchberg in Zwickau mit 600 Mitarbeitern, die am 23. Mai 2003 eigens aus dem sächsischen Metallarbeitgeberverband ausgetreten war, um Direktverhandlungen mit der IG Metall

---

<sup>30</sup> IG-Metall-Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen, Abdruck der Rede Hasso Düvels auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall, 29. - 31. Aug. 2003.

führen zu können. Den Vereinbarungen liegen in der Regel Stufenpläne zugrunde, die die Einführung der 35-Stunden-Woche in mehreren Schritten bis spätestens 2009 vorsehen.<sup>31</sup>

Um die Option einer flächentarifvertraglichen Regelung zur Arbeitszeitverkürzung offen zu halten, ist die IG Metall zurzeit bemüht, langfristige tarifvertragliche Festlegungen zu vermeiden. Grundsätzlich einig sind sich die Tarifparteien hinsichtlich der Notwendigkeit, die im Frühjahr 2003 gekündigten Manteltarifvereinbarungen wieder in Kraft zu setzen. Ein gemeinsamer Verhandlungstermin für alle ostdeutschen Tarifgebiete am 15. September 2003 blieb ohne Ergebnis. Während die IG Metall die Laufzeit der Verträge bis zum Jahresende 2005 begrenzen will, fordern die Arbeitgeber eine Geltung bis 2008. Die Verhandlungen sollen nunmehr auf Tarifgebietsebene fortgesetzt werden.

## Resümee

Der Vorwurf der Maßlosigkeit und des mangelnden wirtschaftlichen Realitätssinns, der während des Arbeitszeitkonfliktes von großen Teilen der Öffentlichkeit gegenüber der IG Metall erhoben wurde, lässt sich bei nüchterner Betrachtung und angesichts der insgesamt positiven Entwicklung der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie nicht aufrechterhalten. Die allgemeine wirtschaftliche Stagnationstendenz zum Zeitpunkt des Streiks, im besonderen der Anstieg der Arbeitslosenzahlen, wirkte sich gleichwohl äußerst ungünstig auf das Erscheinungsbild des Arbeitskampfes in der Öffentlichkeit aus. Das Bemühen, nach Angleichung der Löhne und Gehälter im Jahre 1996 bis zum Jahre 2009 - also fast 20 Jahre nach der politischen „Wende“ in Ostdeutschland - auch in der Arbeitszeitfrage zu einer Egalisierung zu gelangen, erscheint aus Arbeitnehmersicht verständlich. Das Bestreben der Arbeitgeberseite, die längere Arbeitszeit aus Wettbewerbsgründen als Standortvorteil des Ostens aufrechtzuerhalten, ist zwar ökonomisch begründbar, aber mit der ursprünglich von allen politischen Lagern vertretenen *gesellschaftspolitischen* Zielsetzung einer mittelfristigen Angleichung der Lebensverhältnisse in beiden Teilen Deutschlands kaum vereinbar. Der Fehler der IG Metall bei Initiierung des Arbeitskampfes ist somit weniger in der mangelnden Legitimität ihrer Kampfziele zu suchen als in der unzureichenden Wahrnehmung des gewandelten öffentlichen Bewusstseins. Im Klima einer durch Existenzangst, Kürzungspolitik und Sozialabbau geprägten öffentlichen Debatte war ein offensiver Streik für Arbeitszeitverkürzung nur schwer vermittelbar bzw. hätte gründlicherer argumentativer und psychologischer Vorbereitung bedurft.

Im Gefolge der Niederlage im Arbeitszeitkonflikt hat sich der Abwärtstrend in der Mitgliederentwicklung der ostdeutschen IG Metall-Organisation fortgesetzt, aber keineswegs dramatisch beschleunigt. Die IG Metall in Ostdeutschland ist somit durch die Streikniederlage materiell kaum geschwächt, in ihren Handlungsspielräumen aber bis auf weiteres eingeschränkt. Der Arbeitskampf hat das Meinungsklima weiter zugunsten der Arbeitgeber verschoben. Nachdem die Gewerkschaften jahrzehntelang mit den Sympathien der Öffentlichkeit rechnen konnten, werden sie künftig stärker für die Berechtigung ihrer Interessen werben müssen. Dieses Problem lässt sich nicht auf die Tarifpolitik in Ostdeutschland reduzieren, sondern betrifft (nicht allein) die IG Metall in ihrer gesamten Tätigkeit.

---

31 IG Metall, Arbeitszeitpolitische Initiative 2003, 14. Nov. 2003.